

EINWOHNERRAT

Protokoll der 2. Sitzung 2022 des Einwohnerrates Beringen

vom 17. Mai, 2022, 20.00 Uhr, Saal 1, Restaurant Gemeindehaus, Beringen

Vorsitz: Roman Schlatter

Aktuarin: Barbara Zanetti

Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 29. März 2022
2. Jahresrechnung 2021 der Einwohnergemeinde Beringen
3. Vorlage zur Umsetzung der Grundsätze der Behörden- und Verwaltungsorganisation und der Anpassung des Stellenplanes der Gemeinde Beringen vom 28. März 2022
4. Vorlage über einen Nachtragskredit für ein Provisorium zur Verbesserung der Regeneration im Schwimmbad vom 11. April 2022
5. Postulat "Überarbeitung Pflichtenheft Baukommission" - Begründung durch den Postulanten
6. Verschiedenes

Anwesend:

Gemeinderat: Corinne Maag, Luc Schelker, Astrid Schlatter, Fabian Hell, Gemeindepräsident Roger Paillard, Gemeindeschreiber Florian Casura

Einwohnerrat: Gerold Baur, Hugo Bosshart, Beatrix Delafontaine, Florian Donno, Lisa Elmiger, Marcel Holenstein, Christian Naef, Bernhard Oettli, Lukas Ruedlinger, Roman Schlatter (Präsident), Jörg Schwaninger, Roger Walter, Thomas Widmer

Der Einwohnerratspräsident Roman Schlatter begrüsst die anwesenden Einwohnerräte, die Gemeinderäte, Roland Fürst, die Medien und Gäste zur 2. Einwohnerratssitzung des Jahres 2022. Einladungen und Traktandenliste wurden rechtzeitig zugestellt. Es sind keine Änderungswünsche zur Traktandenliste vorhanden.

Traktandum 1: Protokoll der Sitzung vom 29. März 2022

Seite 10

Abatz: Ich bin davon überzeugt dieser hat massgeblich dazu beigetragen, dass das Projekt gut rausgekommen ist, insbesondere das mit der Nivellierung, damit man hier einen ~~zweiten~~ ~~Stöck~~ zweiten Veloständer aufstocken könnte.

Seite 1

Einwohnerrat: Gerold Baur, Hugo Bosshart, Beatrix Delafontaine, Lisa Elmiger, Marcel Holenstein, ~~Peter Maag~~ Florian Donno, Christian Naef, Bernhard Oettli, Lukas Ruedlinger, Roman Schlatter(Präsident), Jörg Schwaninger, Roger Walter, Thomas Widmer

Das Protokoll wird mit diesen Änderungen genehmigt und verdankt.

Traktandum 2: Jahresrechnung 2021 der Einwohnergemeinde Beringen

Roland Fürst kommt an den Tisch.

Fabian Hell:

Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die Jahresrechnung der Gemeinde Beringen 2021 schliesst mit einem erfreulichen Plus von CHF 1.066 Mio. ab. Im Vergleich zum Budget von rund Minus CHF 200'000 ergibt sich somit ein Plus von fast CHF 1.3 Mio.

Im Gegensatz zu den sehr positiven Abschlüssen der Stadt und dem Kanton Schaffhausen ist der positive Unterschied nur zu einem sehr kleinen Teil (CHF 95'000) auf höhere Steuereinnahmen zurückzuführen.

Der Hauptunterschied zwischen Abschluss 2021 und Budget kam aus dem Bereich «Soziale Sicherheit». Die Nettokosten waren rund CHF 800'000 tiefer und setzt sich aus tieferen Ausgaben bei der Prämienverbilligung und Rückerstattung von Sozialkosten des Vorjahres zusammen. Gemäss dem Zeitungsbericht vom vergangenen Donnerstag kam es z.B. bei der Gemeinde Siblingen zu einem ähnlichen Effekt.

Auch im Bereich «Bildung» kam es zu tieferen Gesamtkosten im Vergleich zum Budget. Einerseits konnten wegen Corona weniger Events durchgeführt werden, andererseits kam es aufgrund höherer Kosten und höheren Schülerzahlen auch zu höheren Beiträgen der Gemeinde Löhningen.

Ein paar weitere Angaben zu den Steuereinnahmen. Wie schon erwähnt, war das Gesamtergebnis in diesem Bereich rund CHF 95'000 besser als budgetiert, allerdings im Detail war das Resultat sehr heterogen:

- Der Ertrag der juristischen Personen war 240'000 besser, jener bei den natürlichen aber CHF 130'000 schlechter
- Die Grundstückgewinnsteuern waren fast CHF 400'000 besser als im Budget, der Anteil der direkten Bundessteuer aber fast gleich viel schlechter. Da die direkten Bundessteuern zum Teil aufgrund der effektiv eingenommenen Steuern der juristischen Personen abgerechnet werden, kam es bei Stadt Schaffhausen aufgrund des sehr positiven Steuerflusses in diesem Bereich zu einem höheren Anteil der direkten Bundessteuern, der Rest der Gemeinden erhielt dann aber weniger.

Auch das Thema «HRM 2» ist immer noch sehr präsent. Durch HRM 2 wird 2 das Gesamtergebnis nicht geändert, trotzdem führen Anpassungen aufgrund von kantonalen Vorgaben oder aber auch Kontoanpassungen bei der Verbuchung weiterhin zu Differenzen zum Budget.

Für Fragen stehen der Zentralverwalter Roland Fürst (wenn der Einwohnerrat ihn zur Diskussion zulässt) und der Gemeinderat gerne zur Verfügung.

Der Gemeinderat beantrag dem Einwohnerrat die Jahresrechnung 2021 der Gemeinde Beringen zu genehmigen.

Christian Näf:

Geschätzter Präsident, werte Anwesende

Als Geschäftsprüfungskommission haben wir die Jahresrechnung der Gemeinde Beringen, bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Geldflussrechnung und Anhang für das am 31. Dezember 2021 abgeschlossene Rechnungsjahr geprüft.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den rechtlichen Vorschriften und der Arbeitshilfe für Rechnungsprüfungsorgane vorgenommen. Die Prüfung haben wir so geplant und durchgeführt, dass wir hinreichende Sicherheit gewonnen haben, dass die Jahresrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Jahresrechnung enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der Jahresrechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein.

Die Prüfung umfasst zudem die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Jahresrechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.

Nach unserer Beurteilung entspricht die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2021 abgeschlossene Rechnungsjahr den kantonalen und kommunalen rechtlichen Vorschriften.

Wir beantragen, die Jahresrechnung per 31. Dezember 2021 mit Aktiven und Passiven von CHF 54'599'524.31 und einem Ertragsüberschuss von CHF 1'066'430.01 zu genehmigen.

Zum Schluss möchte ich noch einen Dank aussprechen:

Dem Gemeinderat und der Finanzverwaltung und somit insbesondere Roland Fürst für die sauber und korrekte Aufstellung der Jahresrechnung 2021.

Aber auch allen anderen Verwaltungsstellen gilt der Dank für die kompetente und unkomplizierte Beantwortung unserer Fragen.

Zu guter Letzt danke ich meinen drei GPK-Gspändli und dem Treuhandbüro Mannhard und Fehr für ihren zweitägigen Einsatz herzlich danken.

Gerold Baur:

An dieser Stelle möchte auch die SVP Fraktion sich bei allen beteiligten, den Gemeinderat, der Finanzverwaltung und allen die mitgewirkt haben, für die sauber erstellte Rechnung bedanken.

Lisa Elmiger führt nun durch die Rechnung.

Seite 17

206 Langfristige Finanzverbindlichkeiten

Gerold Baur:

Werter Präsident, werte Anwesende,

Ich habe eine Frage zu den langfristigen Finanzverbindlichkeiten, sprich Schulden: wir haben rund 7 Mio. wieder aufgebaut. Kann mir der Gemeinderat sagen, wie es zukünftig weitergehen wird, sind wir nun am Ende der Fahnenstange oder steht das eine oder andere Projekt noch an? Wie ist der Grundtenor?

Fabian Hell

Die Verschuldung ist natürlich wegen der bekannten grossen Projekte angestiegen, oder vor allem wegen einem grossen Projekt, wo jetzt mit der Dreifachhalle zum Abschluss gekommen ist. Der Finanzplan wird die Frage, welche du eben korrekterweise gestellt hast, etwas genauer analysieren. Wenn man jetzt auch noch den vom letzten Jahr heranzieht, ich habe ihn nicht gerade vorliegen, dann ist das schon so, dass keine grösseren Brocken ersichtlich sind, vielleicht nur der Kindergarten, der jetzt auch zum Abschluss kommt. Es werden dann sicher wieder Sachen kommen, vor allem aus dem Wasserbereich oder Sachen an denen wir alle gerade nicht denken, welche es zu machen gibt. Aber was man ganz sicher sagen kann, die ganz grossen Brocken sind nicht mehr da. Die Verschuldungsquote reduziert sich, korrigier mich Roland wenn ich falsch liege, da wir rund 1,5 Mio. pro Jahr abschreiben. Wenn wir dann noch so einen positiven Abschluss haben, dann passiert dasselbe nochmal, dass hier eine Reduktion ist. Von dort her gesehen würde ich sagen es entspannt sich, und aufgrund dessen, dass wir keine so grossen Projekte mehr haben.

Gerold Baur

Verstehe ich dich richtig: der Peak ist erreicht.

Fabian Hell

Ja ich gehe schwer davon aus.

Darf ich kurz ergänzen: die ganzen Sachen welche passiert sind, inklusiv dem letzten Kindergarten, basieren ja auf ein Wachstum welches Beringen hatte. Auch dieses Wachstum normalisiert sich. Man hat in der Vergangenheit Schätzungen gemacht, mit denen man alle Investitionen auf dieses Ziel abgestimmt hat, damit man die Bevölkerungsentwicklung, vor allem die der Kinder, abdecken kann. Auch dieser Peak zeigt, die Kinder werden nicht immer mehr, sondern auch hier gibt es einen Peak welcher dann wieder zurückgeht. Dem trägt man Rechnung. Also ja, ich würde sagen, es passt genau zu dem was du gesagt hast: sowohl bei der Planung als auch bei den Kosten.

Roger Walter

Geschätzter Präsident, werte Anwesende,

ich habe eine Verständnisfrage: du hast gesagt, wir amortisieren 1.5 Mio. im Jahr und dann reduzieren sich die Schulden durch den guten Jahresabschluss noch mehr. Aber mit HMR 2 gibt es ja bei Schulden keine Sonderabschreibungen mehr?

Fabian Hell

Defacto eben schon. Die Gemeinde Beringen hat eine gewisse Menge an Darlehen, welche mit grossen Investitionen aufgebaut wurden, wo wir defacto einen Kredit aufnehmen. Wir stehen Stand heute (sich an Roland wendend) bei 30 Mio.?

Roland Fürst

Wir haben jetzt Ende April 3 Mio. zurückgezahlt und nichts neu aufgenommen. Was man sagen kann, wenn wir rasch das Ergebnis anschauen: durch die eine Million plus und die Abschreibungen von 1.5 Mio. obendrauf sind wir bei knapp 2,5 Millionen Cashflow. Eine einfache Betrachtung wenn man das andere weglässt. Das heisst, wenn wir nichts investieren, könnten wir 2.5 Mio. Schulden zurückzahlen. Da wir aber Investitionen haben gilt: wenn es Umlegebeträge vom Cashflow sind, können wir amortisieren, wenn wir darüber sind, müssen wir wieder neues Fremdkapital aufnehmen.

Aktuell sieht es so aus, dass mit den Projekten welche geplant sind, eigentlich, die Schulden in den nächsten Jahren abgebaut werden können. Zusätzliche Abschreibung, wie du gesagt hast, dürfen wir nach HMR 2 nicht machen. Das heisst, die Investitionen die wir machen, müssen wir mit den Zeiten welche der Kanton vorgibt (Tiefbau 40 Jahre, Gebäude 25 Jahre) abschreiben. Aber wir können Schulden zurückzahlen wenn wir gute Ergebnisse haben.

Seite 24

Konto 0210.4270.00; Finanz- und Steuerverwaltung – Bussen

Hugo Bosshart

Ich habe diesbezüglich eine Frage: Ich bin über die Höhe dieses Betrages CHF 28'963 überrascht. Kann man sagen, ob das ein Verfahren ist, welches wir zum Abschluss bringen konnten oder ist das normal?

Roland Fürst

Werte Damen und Herren,

das sind Bussen aus den Steuern. Das heisst, die Leute welche ihre Steuererklärung nicht rechtzeitig einreichen bekommen eine Busse. Das erste Mal von CHF 300.00 nach dem dritten Mal von ca. CHF 1000.00. Das sind so Verfahrensbussen von Steuern welche hier drin sind. Es könnte ein Teil auch an Strafbussen drin haben, aber da habe ich jetzt kein Detail. Wir sind aber immer in der Grössenordnung 20-30'000.00 CHF. Das wird jetzt nicht mehr im Bereich 9, Steuern, vermerkt sondern wird jetzt neu hier ausgewiesen.

Seite 29

6150.4240.00; Gemeindestrassen - Benutzungsgebühren und Dienstleistungen

Hugo Bosshart

Geschätzter Präsident, werte Anwesende,

Ich habe eine Frage bezüglich der Aussage «ausserordentliche Einnahmen für den Verkauf von Streusalz verbucht», verkauft die Gemeinde Salz an andere Gemeinden, oder was ist das?

Astrid Schlatter

Geschätzter Präsident, werte Anwesende,

die Gemeinde arbeitet mit einem Unternehmen zusammen, welches auch für die Gemeinde und unter anderem auch für Private salt. Wir gestatten ihm, dass er aus unserem Silo Salz bezieht, und wir verrechnen ihm das anschliessend. Dadurch können wir grössere Mengen an Salz einkaufen und dadurch wird es für die Gemeinde auch günstiger.

Seite 32

6210.5030.00; Öffentliche Verkehrsinfrastruktur - Bahnhofstestelle Beringer Feld

Roger Walter

Wann ist die in Betrieb genommen worden, dass 2021 noch eine Schlussrechnung von CHF 234'799.00 gekommen ist? Kann mir das jemand beantworten?

Christian Näf

Geschätzter Präsident, werte Anwesende,

ich weiss, dass wir 2013 dort den Fussgängerübergang im Beringer Feld gemacht haben, und ich würde sagen 2014 ist die Bahn in Betrieb genommen worden.

Roger Walter

Also 8 Jahre später, bekommt man eine Rechnung dafür.

Roger Paillard

Das ist die DB.

Roger Walter

Gibt es in dem Fall keine Verjährungsfrist?

Lukas Ruedlinger

Geschätzter Präsident, werte Anwesende,

meine Frage ist dieselbe, ist die Gemeinde hier überrascht worden, als die Rechnung gekommen ist. Oder hattet ihr dies auf dem Radar?

Roger Paillard

Ehrlich gesagt hatten wir diese nicht mehr auf den Radar, aber es ist die Schlussrechnung. Und offensichtlich braucht es soviel Zeit bis der Bund, der Kanton und die DB ausgerechnet haben was sie alles Zahlen müssen. Wir haben die Rechnung aber, soweit wir konnten, geprüft. Wir wussten nicht wieviel jedes Teil kostet, aber es schien uns plausibel und die Prozentsätze die stimmten, entsprechend haben wir bezahlt.

Roger Walter

Ich habe eine Anschlussfrage: weiss man noch von anderen Projekten, wo theoretisch noch eine Rechnung kommen könnte? Welche noch nicht abgeschlossen sind und ausserhalb vom Gedächtnis von den meisten von uns sind?

Astrid Schlatter

Da kann ich mich versuchen: im Strassenbereich nein. Ich meine mich an keine Projekte zu erinnern. Es ist in diesem Fall tatsächlich so, da das ganze bis zum Bund gegangen ist, und die alles prüfen mussten, dass eine sehr lange Zeit vergangen ist.

Zur Rechnung allgemein:

Roger Walter

Ich habe eine Frage: wenn man die Rechnung so durchgeht, hat man viele Punkte welche ins plus oder ins Minus gehen; zum Teil hat es Sachen welche man nicht als Gemeinde beeinflussen kann. Ist mit der neuen Software angedacht, dass die Gemeinde in Zukunft auch einen viertel- oder halbjährlichen Abschluss macht? Weil manche Sachen ja schon nach einem halben Jahr abgeschlossen sind, ist da irgendetwas angedacht?

Fabian Hell

Vielleicht gibt uns hier die neue Informatik noch mehr Anhaltspunkte. In der Praxis habe ich eher erlebt, dass es sehr schwierig ist einen halbjährlichen Gesamtabschluss zu erstellen. Zu viele Konti sind nicht linear, sowohl bei den Ein- als auch bei den Ausgaben. Ausserdem es hat auch externe Faktoren (dass z.B. Gelder vom Kanton kommen). Ich habe, stand heute, das Gefühl, dass der Aufwand einen einigermaßen sinnvollen Halbjahresabschluss zu erstellen, zu gross und die Aussagekraft zu tief ist.

Abstimmung

Die Rechnung 2021 der Einwohnergemeinde Beringen wird einstimmig mit 12: 0 Stimmen genehmigt.

Roland Fürst verlässt den Tisch.

Traktandum 3: Vorlage zur Umsetzung der Grundsätze der Behörden- und Verwaltungsorganisation und der Anpassung des Stellenplanes der Gemeinde Beringen vom 28. März 2022

Roger Paillard

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren, Einwohnerräte

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien

Liebe Gäste

Der Gemeinderat unterbreitet Ihnen Bericht und Antrag betreffend Umsetzung der Grundsätze der Behörden- und Verwaltungsorganisation und der damit verbundenen Anpassung des Stellenplanes der Gemeinde Beringen.

Der wichtigste Punkt dieser Vorlage ist die Ablösung des starren Stellenetat durch einen Stellenplafond (also einer Obergrenze). Mit dem beantragten Wechsel erhöht sich die Flexibilität für den Gemeinderat und erleichtert damit eine effiziente Verwaltungsführung.

Im aktuellen System hinken wir den effektiven Bedürfnissen ständig hinterher. Vom Erkennen einer belastenden Arbeitssituation bis zum Einwohnerratsentscheid vergeht aufgrund der notwendigen politischen Schritte jeweils recht viel Zeit. Da eine Stelle erst nach dem Einwohnerratsentscheid ausgeschrieben werden kann, vergehen bis zur Besetzung in der Regel nochmals mehrere Monate.

Der vom Gemeinderat beantragte Systemwechsel erhöht die Flexibilität und damit auch die Verantwortung für den Gemeinderat. Wir sind gerne bereit zusammen diese Verantwortung zu übernehmen. Wir weisen darauf hin, dass es nicht die Absicht ist, die beantragten Stellenplafonds auszuschöpfen, sofern das nicht zwingend nötig ist. Der Gemeinderat und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, arbeiten ständig daran, die anfallenden Arbeiten möglichst effizient und effektiv zu erledigen.

Obwohl der Handlungsspielraum für den Gemeinderat wächst, bleibt die Kontrolle beim Einwohnerrat. Er ist zuständig, wenn es darum geht den Stellenplafond anzupassen und neu ist jeweils zusammen mit der Jahresrechnung ein Reporting zu Händen des Rates vorgesehen, damit dieser den Überblick über die genehmigten und effektiv besetzten Stellen hat.

Im Kapitel 4 sind die konkreten Plafondsansträge jeweils pro Abteilung begründet. Ich verzichte darauf diese nochmals zu erläutern. Selbstverständlich beantworten wir allfällige Fragen gerne in der anschliessenden Diskussion.

Die Vorlage wurde vorgängig mit der Geschäftsprüfungskommission besprochen. Die GPK beantragt im Bereich der Hoch- und Tiefbauverwaltung höhere Stellenplafonds als dies der Gemeinderat im Antrag 2 getan hat. Selbstverständlich begrüsst und unterstützt der Gemeinderat das Anliegen der GPK. Der erweiterte Handlungsspielraum ist sicher nicht nachteilig. So oder so wird der Gemeinderat verantwortungsvoll handeln.

Der Gemeinderat beantragt Ihnen, auf diese Vorlage einzutreten und die Anträge zu genehmigen.

Eintreten

Lisa Elmiger

Geschätzter Präsident, werte Anwesende,

Wir haben die Vorlage in der Fraktion besprochen und darüber diskutiert. Wir finden die Vorlage sehr sinnvoll. Wir schätzen sehr, dass die Thematik, aufgrund vom Vorstoss der GPK, von einer Einschätzung durch einer externen Firma, aufgegriffen wurde und, dass daraus die Schlussfolgerungen gezogen wurden.

In der Diskussion über den Personaldienst haben wir uns gefragt, ob 20% bei so vielen Mitarbeitern genug sind, wir lassen uns hier aber gern positiv überraschen und schauen, wie sich das ganze einspielt und entwickelt. Das positive ist sicherlich, dass die Stelle intern besetzt werden hat können, damit können sicher Ressourcen gespart und Synergien genutzt werden.

SP / glp ist für eintreten.

Roger Walter

Geschätzter Präsident, werte Ratsmitglieder,

vorab, die SVP hat sich mit dieser Vorlage sehr schwergetan und hatte auch uneinheitliches Eintreten.

Wir sind froh, dass eine Auslegeordnung gemacht wurde und dass mal der ganze Bedarf von diesen ganzen Abteilungen erfasst worden ist. Wir sind auch der Meinung, dass die meisten Stellenerhöhungen, welche hier aufgeführt sind, sinnvoll und richtig sind. Wir haben aber auch Bedenken, dass diese Massnahmen wirklich Verbesserungen in den verschiedenen Punkten bringen. Lisa hat bereits vorher angesprochen, vor allem bezüglich dem Personaldienst. Bei den Missständen welche wir jetzt haben, mit Gleitzeitsaldi welche überirdisch sind oder auch den Feriensaldi, ist das etwas, was Durchsetzungskraft benötigt. Ob es hier Verbesserungen geben wird, bezweifeln wir sehr schwer, da es eine interne Lösung ist. Wir haben daher in der anschliessenden Diskussion noch fragen. SVP ist für eintreten.

Beatrix Delafontaine

Geschätzter Präsident, werte Anwesende,
wir haben es auch bei uns in der Fraktionssitzung diskutiert, heftig diskutiert. Wir sind für einheitliches eintreten und sind ebenfalls eins mit dem Bericht der GPK.

Detailbesprechung

Jörg Schwaninger

Geschätzter Präsident, werte Ratskollegen,
beim Punkt 5, der Zusammenfassung der einzelnen Verwaltungsabteile, hat es meiner Meinung nach, einen Missstand. Ein Herr von der Bauverwaltung verdient wesentlich mehr als jemand in der Reinigung oder Unterhalt. Wieso betitelt man es hier nicht mit Schweizer Franken statt in Stellenprozent. Ich sage jetzt ganz ehrlich: Bauverwaltung oder Abteilung Hoch- und Tiefbau wie es jetzt heisst, verdient ja wesentlich mehr als eine Reinigungskraft: darum ist das für mich nicht ganz befriedigend.

Was in unserer Fraktion auch noch ein grosses Thema gewesen war: die einen bei uns meinten, dass es bei uns in der Gemeinde stückweise etwas falsch laufe. Wir hatten zwar bei der Gemeinde eine Umstrukturierung und jetzt müssen wir noch Stellenprozentenerhöhungen bewilligen. Bei uns waren teilweise die Meinungen, dass dies normal ja eher der umgekehrte Weg ist?

Roger Paillard

Geschätzter Präsident,
zu der ersten Aussage: das wäre eine Alternative, dass man eine Zahl angibt, was man an Personalkosten ausgeben darf. Es muss man sich aber bewusst sein: einerseits ist es so, dass es verschiedene Einstufungen gibt, aber vor allem spielt auch das Alter von diesen Personen eine Rolle. Wenn man das mit Franken betitelt, dann muss man einfach sagen, dann können wir viele Junge einstellen und die Alten dementsprechend hinauskickern, das wäre wesentlich günstiger. Ältere Mitarbeiter sind teurer, das ist einfach so, das fängt beim Lohn an und hört bei den Sozialleistungen auf. Das war aber bis jetzt noch nie Kultur bei der Gemeinde. Deshalb sind wir der Auffassung, dass man hier mit den Stellenprozent besser bedient sind.

Roger Walter

Das Thema wurde ja schon bei verschiedenen Stellenprozentenerhöhungen angesprochen. Das ist ja nichts neues. Das gibt es ja mit den Lohnsummen auch, dass man z.B. die Lohnsumme deckelt. Aber es geht eigentlich grundsätzlich darum, dass man nicht nur einen Stellenplafond macht. Sondern, da man ja ungefähr weiss was für Arbeiten man besetzen muss, und diese Arbeiten einen gewissen Wert haben, dass man dem Rechnung trägt. Es kann einfach nicht sein, dass man jetzt mit dem, theoretisch einfach eine Bürokräft auf Stufe Leiter einstellen kann, da dies Lohnsummenmässig enorme Unterschiede machen kann. Man hat hier nun die Diskussion die wir auch hatten: die Lohnsumme ist etwas was ja nicht öffentlich ist; aber Entschuldigung: die Stellen werden ausgeschrieben und es wird ein Lohnband hinterlegt. Es ist ganz klar, dass ein Älterer mehr oder

weniger verdient. Es ist ja nicht so, dass dies etwas geheimes wäre. Es gibt ja von Kanton Listen und wir halten uns an diese Vorgaben.

Das, was ihr hier mit Stellenprozent vorgibt, sollte man genau auf die Tätigkeiten herunterbrechen, und nicht, dass man die Prozente lediglich auf die Abteilungen zuweist.

Als ihr eure Arbeiten vom Gemeinderat nach unten delegiert habt, wusstet ihr auch ganz genau welche Arbeit so und soviel Prozente gibt, dies bedeutet: man weiss es also.

Darum kann man sagen, wer welche Arbeit machen soll. Es kann nicht sein, dass zum Schluss irgendein Chefbeamte Excellisten führen muss, oder andere Arbeiten, welche ein Sacharbeiter, welcher Lohnbandmässig ein Stück tiefer ist, auch perfekt erledigen könnte. Wo auch sicher für das geeigneter ist. Die Arbeiten sollten dort ausgeführt werden, wo es auch Sinn macht, und das ist dann meistens auch Stufengerecht: das fehlt hier drin etwas. Damit würden auch die Kosten genauer zugewiesen werden.

Roger Paillard

Da sprichst du dem Gemeinderat voll aus dem Mund. Das ist auch dem Gemeinderat seine Ansicht. Es ist wichtig, dass die Aufgaben und Zuständigkeiten stimmen und dass diese sinnvoll sind. Aber, dass auch Fähigkeiten und Präferenzen der Mitarbeiter berücksichtigt werden. Das ist eigentlich die laufende Aufgabe in der Personalführung. Mir ist immer noch nicht genau klar, wie das gewünscht wird, dass man das finanziell abbilden würde.

Roger Walter

Dass man es einfach eingrenzt. Denn jetzt ist es einfach so, dass eine Abteilung (z.B.) 500 Stellenprozent hat und es ist nicht geregelt ob ich hier 3-4 Abteilungsleiter einstelle oder stelle ich Sachbearbeiter ein. Denn es ist ganz klar, dass hiervon der grosse Lohnunterschied kommt. Ob jetzt der Abteilungsleiter jung oder alt ist, ist dann natürlich auch nochmal ein Unterschied, das ist ja logisch. Ich möchte hier nicht sagen, ihr dürft keine älteren einstellen, das ist ja logisch, dass auch die einen Job brauchen. Aber grundsätzlich muss man definieren können, wie viele Personen oder Stellenprozent pro Abteilung in welchen Lohnbändern arbeiten. Es funktioniert, oder zumindest so habt ihr es uns erklärt, als es die ganzen Delegierungen von oben nach unten gegeben hat. Dort habt ihr es genau aufgeschlüsselt. Wenn es jetzt nicht mehr geht, dann verstehe ich es nicht ganz.

Fabian Hell

Zwei Sachen zu dem Votum, welches korrekt ist: ich glaube man kann generell sagen, ich spreche jetzt speziell aus dem Bereich der Zentralverwaltung, dass ich das dort noch nicht so ganz genau hinbekomme. Konkretes Beispiel der Jahresabschluss, welchen ihr gerade bewilligt habt. Das Wort Excel ist hier auch gefallen: zurzeit haben wir sehr viel Excel im Einsatz. Auf hohem Level, mit vielen Schnittstellen. In der Zentralverwaltung hat es 2 Leute, eine auf Abteilungsleitungsstufe und eine Sachbearbeitungsstufe. Heute ist hier auch mein Gefühl, dass dort zu viel manuell gemacht wird, und dass eigentlich auch Tätigkeiten passieren, welche nicht unbedingt auf der richtigen Stufe angesiedelt sind.

Ich weiss aber auch noch gar nicht so richtig, wie sich das mit dem neuen IT-System richtig verändern wird. Ich glaube auch, dass dieser Wechsel Hochbau und Tiefbau uns dasselbe Problem bringen wird. Wir werden nun anfangen die Sachen auseinander zu beineln und wissen noch nicht genau wie wir es aufteilen, wo gehört es richtig hin, inwieweit hilft uns die neue IT auch dort? Der Anspruch ist richtig und korrekt, und ich glaube, bitte korrigiert mich aus dem Gemeinderat wenn ihr das anders seht, wir sind noch nicht ganz so weit. Wir sind zu viel im Umbruch, sodass wir klar sagen können es ist alles schon richtig, oder besser, ich bin mir sicher es ist noch nicht alles schon richtig.

Bernhard Oettli

Geschätzter Präsident, wertere Anwesende,

ich kann die Argumentation von der SVP, vor allem das was vor allem Roger (Walter) jetzt zum Schluss gesagt hat, zum Teil nachvollziehen. Zum Teil bin ich nicht einverstanden. Ich würde hier klar unterscheiden und ich habe da Gefühl ihr vermischt das etwas. Was ich nicht sinnvoll fände wäre,

wenn man hier mit Budget kommen würde welche die Tabelle unter Punkt 5 Stellenplafond ersetzen würde, ich glaube das ist nicht praktikabel, das bringt nichts. Ich glaube wir können uns wenig vorstellen wenn hier in jeder Position ein Budget ausgewiesen wäre. Wir sind gewohnt in Stellen zu denken und ich denke das ist der richtige Weg.

Wo ich einverstanden bin, und das haben wir auch in der GPK so diskutiert, ist:

1. Wenn wir die Tabelle 4.1 Bauverwaltung anschauen, bei der Hoch- und Tiefbau aufteilt: hier hat man auch jeweils einen Stellenplafond. Hier kommt ein weiteres Element dazu, und zwar die Gefahr, dass wenn man hier 2 Abteilungsleiter hat, und man ja noch nicht genau weiss, wie man die Arbeit aufteilt, dass dann einer plötzlich die Sachbearbeitungsarbeiten übernimmt und das fänden wir falsch. Darum haben wir gesagt, wir würden dafür plädieren die Stelle, welche jetzt ausgeschrieben wurde zu erhöhen, damit die Arbeiten zum Schluss nicht vom Abteilungsleiter übernommen werden müssen.
2. Ein weiterer Punkt für den ich gewählt habe: wenn wir schon auf eine Plafondlösung gehen, dann finde ich sollte man etwas Luft haben. Zwischen den Stellen welche bewilligt sind und der Plafond welcher beantragt wurde, finde ich, sollten mindesten 10% Luft sein, und momentan sind wir bei nur knapp 10%. Wir waren der Meinung, wenn man schon einen Plafond hat, sollte man hier eine gewisse Grosszügigkeit an den Tag legen.

Roger Paillard

Ich möchte noch kurz etwas zu dem Abteilungsleiter und ihren Stellenprozent sagen: es ist also tatsächlich so, dass die Abteilungsleiter auch Sachbearbeitung machen und das ist explizit auch so gewollt. Ich weiss nicht was ihr euch unter einer Abteilungsleitung vorstellt? Dass die nur Leute rumkommandiert und schaut was geht: dafür sind wir wieder viel zu klein.

Unsere Abteilungsleitung muss Sachbearbeitung machen, aber sehr komplexe Sachbearbeitung, und das ist übrigens nichts Neues. Also ich bin mal Leiter in der Stadt Schaffhausen gewesen, mit 500 Lehrpersonen, und da machst du auch Sachbearbeitung. Es ist immer Beides und natürlich muss es ausgewogen sein. Es ist in der Bauverwaltung ein etwas seltsames Verhältnis, wenn man es von aussen anschaut. Aber es ist tatsächlich so, dass die Leute sehr komplexe Sachbearbeitung leisten müssen. Wir haben uns für den Weg entschieden, die Bauverwaltung aufzuteilen, weil es auf einer Ebene schlicht zu viel war.

Beatrix Delafontaine

Werter Präsident, geschätzte Anwesende,

Ich kann eigentlich voll hinter dem stehen was du sagst. Was ich vielleicht noch anfügen möchte: wenn wir statt mit Stellenprozent mit Finanzen arbeiten würden, dann hätten wir das Thema alle 2 Jahre wieder auf dem Tisch, da man mit dem Lohn ja mehr oder weniger jedes Jahr nach oben geht. Man ist hier nie fix und starr. Wenn du sagst es gibt diesen Lohn pro Verwaltungseinheit und nicht mehr, dann glaube ich ist dies nicht machbar.

Roger Walter

Ich habe noch 2-3 Präzisierungen: zum einen bezüglich Excel, das war mehr als Platzhalter gedacht. Natürlich gibt es arbeiten die Stufengerecht gemacht werden müssen.

Wir hatten Diskussionen, wo es um die Schulleitung ging. Dort hat die Schulleitung gesagt, sie will die Post öffnen. Da muss ich ganz klar sagen, manche Sachen haben nichts mit wollen zu tun. Es gibt gewisse Tätigkeiten die werden auf einer Stufe ausgeführt, und wenn diese auf einer anderen Stufe ausgeführt werden, dann sind sie falsch, sinnlos und zu teuer. Das muss einfach mal gesagt werden und da muss man auch mal einem Abteilungsleiter sagen: das ist nicht deine Aufgabe, das macht der Sachbearbeiter oder eben eine Stufe tiefer.

Zweitens, bezüglich dem Kostendach beim Salär. Wir hatten ja eine andere Lösung vorgeschlagen. Wenn man das nimmt, was man aufteilt, die Plafonierung, mit 10% mehr oder noch mehr, das kann man machen, wenn ganz klar aufgezeigt wird welche arbeiten überhaupt anstehen. Solange dies nicht genauer definiert, ist bin ich total dagegen, denn etwas Luft nach oben mag ja Sinn machen, aber wenn man dann nicht weiss für was man es einsetzen möchte dann ist die Gefahr gross dass am Schluss

Leute arbeiten machen wo nicht Sinn machen. Und gewisse Sachbearbeitungsarbeiten machen halt auf eine Abteilungsleiterstufe keinen Sinn, da sie einfach zu teuer sind.

Astrid Schlatter

Ich möchte bezüglich der neuen Abteilung was sagen: ich habe mir hier auch schon Gedanken darüber gemacht, was der neue Abteilungsleiter Tiefbau alles machen muss. Es werden einige Projekte auf ihn zukommen, wo er mich unter anderem im Forst und im Naturschutz vertreten wird, er wird auch, da er das kann, allenfalls ein Langsamverkehrskonzept erarbeiten usw.

Weil wir vorher gesagt haben, es ist alles etwas offen: ja es ist vieles offen, aber die Gedanken und Notwendigkeit sind vorhanden. Was ich mir, vor allem für mich, erhoffe, ist, dass ich eine Ansprechperson habe welches ein Fachwissen hat, welches in Moment in der Gemeinde, das müssen wir ganz ehrlich sagen, noch nicht vorhanden ist.

Roger Walter

Ich möchte einfach nicht zu viele Hoffnungen machen. Ein neuer Mitarbeiter (wenn man weiss wer kommt, dann weiss man er hat das Fachwissen) kann aber in 6 Monaten sagen, es gefällt mir nicht, ich gehe. Dann sucht ihr wieder einen Neuen und der hat das Fachwissen dann vielleicht nicht mehr.

Ihr müsst eine Stelle haben, die natürlich mit jemanden besetzt ist, der geeignet ist, aber, dass ihr immer den Idealfall findet, von dem kann man in der heutigen Situation nicht ausgehen. Bei einem Mitarbeiter welcher nun schon 4 Jahre da ist, müsst ihr jetzt schon mal auf die Suche nach einem adäquaten Ersatz gehen, denn es kann doch nicht sein dass die Gemeinde auf 4 Jahre aus plant.

Roger Paillard

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass er sehr gute Mitarbeiter hat, und diese haben alle unterschiedliche Begabungen und Präferenzen. Das Geschick der Personalführung ist es, die Leute genau dort einzusetzen. Und wenn wir jetzt jemanden haben der etwas kann, dann setzen wir diese Person auch dort hin und geben was anderes extern ab. Wenn eine nächste Person das nicht mehr kann, dann wechselt man das.

Eine Gemeinde, die das Gefühl hat, ihre Leute einfach starr nach Profil hinein drücken zu können, die fährt völlig falsch. Wir haben eine ganz andere Personalpolitik und Personalführung. Unsere Leitungsgrundsätze heissen: wir fördern die Eigenverantwortung, wir geben den Leuten eigene Entscheidungskompetenzen und wir wollen, dass die Leute sich entfalten können, denn nur dann setzen sie sich auch für die Gemeinde ein. Wir möchten sie eben dort einsetzen, wo sie stark sind, und das bedingt eine gewisse Flexibilität. Wenn jemand wieder wechselt, dann ist uns klar, dass dies einen automatischen Wechsel im Stellenprofil auslöst, damit muss die Gemeinde umgehen können

Hugo Bosshart

Geschätzter Präsident, werte Anwesende,

ich muss ehrlich sagen, als ich die Vorlage in den Händen hatte, hatte ich Freude. Der Ausguss war ja 2019 als ich auch noch in der GPK mitarbeiten durfte und wir den Werkhof aufarbeiten durften. Dies ist ja die Folge aus der Entstehungsgeschichte im 2019. Ich muss sagen, ich finde die getroffenen Entscheidungen super. Ich finde auch das mit dem Plafond gut, auch wenn ich am Anfang etwas Mühe hatte, weil ich eben grundsätzlich der Meinung bin, man kann einen Antrag auf Erhöhung stellen wenn der Bedarf da ist und nicht in vorneherein, aber es ist sicher ein Weg.

Was ich nicht quotieren möchte, wenn man eine fixe Zahl festlegen würde und dann noch 15% drauf, dann ist sicher mal genug Kapazität. Das fände ich dann schon fast Planwirtschaft und das fände ich nicht gut. Was mir auch an dieser Vorlage gefällt, dass man spürt, dass die Gemeinde selbst immer bemüht ist, nicht immer grad alles auszuschöpfen, sondern erster Mal schaut und wenn dann der Bedarf da ist, man erhöht.

Jetzt komme ich aber noch zum negativen, und zwar das was bei der Zahl 2.4 steht: Stand der nicht bezogenen Ferientage und Gleitzeitsaldi per 31.12.2021

Das hat mir wirklich eine Faust in den Magen gegeben. Die letzte Vorlage in diesen Bezug ist ja am 2. November 2021 beraten worden, dort ging es um die Gemeindekanzlei und Einwohnerkontrolle. Dort

hatten wir eine Aussage von 200 Stunden Überzeit/Gleitzeit Ende 2020, im 2021 sind nochmal 100 dazugekommen. Wir hatten vorher schon mal eine Aufstockung bei der Bauverwaltung, denn auch dort ist es aus dem Ruder gelaufen, und auch bei den Finanzen. Darum habe ich mir bei den neuen Zahlen gedacht, dass die ganzen Feuerwehrrübungen und Aufstockungen nicht so viel gebracht haben. Aber ich sehe es ist scheinbar eine Realität und ich würde gerne beliebt machen, dass der Gemeinderat der GPK alljährlich einen Bericht wie der Stand ist, erstatten muss. Und der Stand, mit diesen neuen Massnahmen, kann nicht gleichbleiben sondern die Zahlen müssen kontinuierlich abgebaut werden, und dies sollte prüfbar sein.

Christian Näf

Wir haben dies auch erkannt, vielen Dank für dein Votum Hugo. Das ist jetzt neu, mit HMR 2, mit der Rechnung zusammen bei uns auf den Tisch gekommen. Das konnten wir vorher als GPK nie prüfen. Die Stunden sind jetzt auf der Rechnung alle ausgewiesen, demzufolge sehen wir das und haben dementsprechend auch darauf reagiert. Aus diesem Grund haben wir unseren Antrag von der GPK formuliert, welche ich hier nun offiziell Stellen möchte:

Die GPK stellt den Antrag den Stellenplafond für die Bauverwaltung Hochbau auf 2.50 Stellen und den der Abteilung Tiefbau auf 1.50 Stellen fest zu setzen.

Dies, um genau das zu erreichen, dass die Überstunde und Feriensaldi nach unten bringen können und damit ,wie vorher Bernhard Oettli bereits gesagt hat, die Stelle der Sachbearbeitung grösser gemacht werden damit Stufengerechter gearbeitet werden kann.

Roger Paillard

Danke vielmals für die Voten.

Die Ferienguthaben sind in einigen Abteilungen tatsächlich angestiegen. Der Gemeinderat hat keine Freude daran. In der Verordnung über die Arbeitszeit steht im §6, dass Mehrzeiten mittels ganzen und halben Tages im Umfang von 25 Arbeitstagen kompensiert werden können. Da Ferien im Gegensatz zu einem Gleitzeitsaldo Ende Jahr nicht verfallen, wird diese Möglichkeit teilweise genutzt. Letztlich ist es aber einfach ein Zeichen, dass die Mitarbeiterin / der Mitarbeiter zu lange arbeitet.

Der unterschiedliche Umgang mit den Mehrzeiten hat auch mit der Führung zu tun. Personalführung ist etwas Individuelles und es gibt viele «richtige» Wege. Entsprechend der bisherigen Organisation, bei welchen die Abteilungsleitenden den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten unterstellt waren, gab es auch unterschiedliche Weisungen im Umgang mit Mehrzeiten. Ob es mit der einheitlichen Führung ab Beginn der nächsten Beurteilungsperiode besser wird, lässt sich natürlich noch nicht sagen. Aber sicher wird es einheitlich. Ob und wie stark die Ferienguthaben in den kommenden Jahren reduziert werden können, hängt auch von der Personaldecke ab.

Das Ziel des Gemeinderates ist ganz klar dass ab Genehmigung dieser Vorlage, vielleicht noch 2 Monate dazu, alle ihre Ferien beziehen. Also kein weiterer Aufbau ab Mitte dieses Jahres. Gemessen kann man dann ab 2023, das 2022 ist schon wieder zur Hälfte gelaufen. In der Bauverwaltung, das muss ich euch nicht sagen, haben wir momentan 100% die fehlen, hier ist es schwierig noch zusätzlich Ferien zu beziehen. Aber das Thema müssen wir angehen, es ist ernst, das ist richtig so. Ihr bekommt, so oder so, jedes Jahr einen Bericht mit der Rechnung. Ich bin kein grosser Fan von HMR 2, aber hier ist es wirklich transparent und es gibt eine klare Auskunft.

Roger Walter

Geschätzter Präsident, werte Anwesende,

das ist etwas, der Hugo hat es bereits angesprochen, was schon länger bekannt ist. Es ist nicht etwas was erst jetzt mit HMR2 herausgekommen ist. Man hat das schon vor 4-6 Jahren, in verschiedenen Abteilungen, über Jahre hinweg, angesprochen. Es hat immer geheissen: es gibt Veränderungen.

Dass die Leute hier jetzt überrascht sind das erstaunt mich.

Der zweite Punkt betrifft die Feriensaldi; diese verfallen nach Gesetz nach 5 Jahren. Theoretisch habt ihr ein Mittel in der Hand, aber es ist halt so, dass man das Reglement auch durchsetzen muss. Es ist so, ich weiss jetzt nicht, wie genau es im Personalreglement beschrieben ist, aber in der Wirtschaft ist es einfach so, dass wenn du als Abteilungsleiter 10 % Überzeit hast diese einfach nicht beziehbar sind.

Mit dieser Regelung die ihr habt, dass man 25 Arbeitstage kompensieren kann, dann ist es ja klar, dass ich dann keine Ferien mehr nehme und alles kompensiere.

Aber das andere Problem ist dann noch das, dass wenn man sagt man hat ein Gleitzeitsaldo welches man mitnehmen kann, dann heisst das nicht ich kann 10 Stunden mit in den Januar nehmen und 10 Stunden im Februar und habe dann Ende Jahr 120 Stunden. Man muss die Reglemente halt auch so durchsetzen wie sie gedacht sind.

Ein Gleitzeitsaldo von 10, heisst halt, übers Jahr durch 10 Tage und nicht jeden Monat 10, welche ich dann behalte und mir auf Seite tue. So kommt es mir ein bisschen vor.

Der andere Punkt welchen du auch noch angesprochen hast, ist der vom Personaldienst.

Dort ist es einfach so, dass ihr das ja intern regeln möchtet, mit einer Person welche ausgebildet wird und die dann ein paar Aufgaben hat: unter anderem auch die Führung der Personaldossiers, Ein- und Austritte, Qualifikationsgespräche usw.

Ihr wollt, dass ein Mitarbeiter der Gemeinde, Gespräche mit dem Abteilungsleiter macht?

Das funktioniert nicht. Ein Mitarbeiter, welcher vielleicht stufenmässig sogar unter einem Abteilungsleiter liegt, kann keine Qualifikationsgespräche mit den Abteilungsleitern führen. Das ist fachlich nicht möglich.

Roger Paillard

Geschätzter Präsident,

nein, wir haben eine operativ wirkenden Personaldienst. Es ist nicht jemand der ausgebildet wird, sondern der bereits ausgebildet ist.

Wir haben das Glück, dass uns intern eine bestens qualifizierte und von ihrer Persönlichkeit her auch sehr geeignete Mitarbeiterin für den operativen Personaldienst zur Verfügung steht.

Aber die Aufgabe ist tatsächlich, die Qualifikationsgespräche abzulegen. Die Gespräche werden von den Vorgesetzten geführt.

Roger Walter

In dem Fall bei dem Abteilungsleiter, vom Gemeindepräsident.

Roger Paillard

Vom Gemeindepräsident zusammen mit dem fachlich zuständigen Gemeinderat.

Roger Walter

Bezüglich der Schule, und ich will jetzt gar nicht um die Höhe diskutieren, sondern hier ist die Erhöhung durch mehr Schüler begründet:

Ist es denn hier so, dass man mit den Stellenprozent nach unten geht, sobald die Anzahl Schüler rückläufig sein sollten? Ist das ein Automatismus?

Roger Paillard

So ist es in der Vorlage vorgesehen. Die Dotation der Schulleitung hängt von der Schülerzahl ab, und bei einer Differenz von +/- 5% wird diese dann auch korrigiert. Die 2.2 Stellen welche wir hier notiert haben, ist das, was wir 2023 allenfalls machen würden. Es ist beim Kanton noch hängend, was mit den Schulleitungen nun passieren wird: ob sie sich finanziell daran beteiligen, und insbesondere sind wir auch gespannt, was der Kanton bezüglich Dotation vorgibt. Selbstverständlich würde sich die Gemeinde Beringen dieser Dotation, ob diese dann höher oder tiefer ist, dann anschliessen und die kantonale Linie fahren.

Abstimmung

- 1. Der Antrag, dass ein Wechsel von einem fixen Stellenetat zum Stellenplafond, dessen Obergrenze für den Gemeinderat bindend ist stattfindet, wird einstimmig angenommen.**

2. Der Antrag von der GPK die Stellen für die Bauverwaltung Hochbau auf 2.50 Stellen und den der Abteilung Tiefbau auf 1.50 Stellen fest zu setzen wird mit 9 zu 3 Stimmen angenommen.
3. Der Antrag den Stellenplafond für den Gebäudeunterhalt und der Gebäudereinigung (Abteilung Hochbau) wird auf 6.40 Stellen fest zu setzen wird einstimmig angenommen.
4. Der Antrag den Stellenplafond für den Werkhof inkl. Schwimmbad auf 6.60 Stellen fest zu setzten wird einstimmig angenommen.
5. Der Antrag den Stellenplafond für die Abteilung Kanzlei/Einwohnerkontrolle auf 4.20 Stellen fest zu setzen wird einstimmig angenommen.
6. Der Antrag den Stellenplafond für die Abteilung Soziale Dienste auf 2.20 Stellen fest zu setzen wird einstimmig angenommen.
7. Der Antrag den Stellenplafond für die Schulleitung auf 2.20 Stellen fest zu setzen wird einstimmig angenommen.
8. Der Antrag, dass der Gemeinderat beauftragt wird, dem Einwohnerrat jährlich zusammen mit der Rechnung Bericht über die tatsächliche Stellenbesetzung zu erstatten wird einstimmig angenommen.

Traktandum 4: Vorlage über einen Nachtragskredit für ein Provisorium zur Verbesserung der Regeneration im Schwimmbad vom 11. April 2022

Fabian Hell:

Geschätzter Präsident werte Anwesende,

Offiziell ist neu Astrid Schlatter die zuständige Referentin für das Schwimmbad. Da ich das Thema aber bereits im letzten Jahr aufgegleist habe und als Unterstützung von Astrid erlaube ich mir, diese Vorlage im Einwohnerrat zu vertreten.

Wir sind jetzt in der 9. Saison im Schwimmbad Beringen mit einer biologischen Wasseraufbereitung. Das Schwimmbad Beringen ist das einzige öffentliche Bad im Kanton Schaffhauser mit chemiefreiem Wasser und nur eines von 13 in der ganzen Schweiz.

Im Sommer 2021 hat der Gemeinderat eine externe Untersuchung in Auftrag geben, basieren auf dem Gefühl von hohem Reinigungs- und Unterhaltsaufwand und eines hohen Wasserverbrauches. Es musste eine externe Stelle gesucht werden, da das Gesamt-Knowhow in Beringen nicht vorhanden ist. Der Werkhof engagiert sich vorbildlich im Bereich des Unterhalts der Technik (z.B. Pumpen) und des Geländes, kann aber die Gesamtsicht unter Berücksichtigung z.B. der Wasserbiologie nicht erbringen. Der Bericht liegt jetzt vor, Sie haben diesen mit der Vorlage ebenfalls erhalten. Gewisse Optimierungen konnten wir direkt vornehmen, z.B. wird im Schwimmbad jetzt phosphorfreier Dünger eingesetzt, um die Nährstoffzufuhr zum Wasser zu reduzieren. Der gefühlte zu hohe Arbeitsaufwand wurde bestätigt und als Problembereich der bestehende Pflanzensandfilter angegeben. Einfach gesagt, kann dieser Filter nicht alle eingetragenen Nährstoffe eliminieren, was wir durch erhöhten Pflegeaufwand kompensieren. So wurde eine gute Wasserqualität für den Badegast sichergestellt.

Der Gemeinderat möchte eine Kommission einsetzen, um das weitere Vorgehen im Schwimmbad mit dem Einwohnerrat zusammen festzulegen. Konkret möchte der Gemeinderat folgende Varianten detaillieren:

1. Weiterführung aktueller Betrieb
2. Erneuerung der bestehenden Regeneration
3. Umrüstung von Pflanzenfilter auf Schwefelfilter (vorgeschlagenes Provisorium)

4. Umrüstung auf chemische Wasseraufbereitung

Der letzte Punkt mit der Rückkehr zur chemischen Aufbereitung wäre natürlich eine grundsätzliche Kehrtwende, sollte aber, aus Sicht des Gemeinderates auch konkretisiert werden. Immerhin wurde diese Idee auch schon hier im Einwohnerrat aufgeworfen und es sollten klare Grundlagen zu allen Varianten vorhanden sein. Es sollten auch keine naiven Schätzungen zu einem solchen chemischen Weg im Raum stehen bleiben. Der Gemeinderat möchte aber im Grundsatz an einer biologischen Wasseraufbereitung festhalten, immerhin gibt es dazu ja auch einen gültigen Volksentscheid.

Das Provisorium ist ein Pilot-Betrieb zur Umrüstung vom aktuellen Pflanzenfilter auf einen Schwebefilter. Dieser ist mehr mechanisch und weniger romantisch wie die aktuelle Regeneration. Dieses Provisorium sollte eine bessere Grundlage für die Kommission schaffen: Der Werkhof kann bezüglich Unterhaltes konkrete Aussagen machen und auch Verbesserung bezüglich Nährstoffmanagement sollten erkennbar sein. Die Risiken dieser Technologie für die Gemeinde Beringen können mit dieser Vorgehensweise reduziert werden.

Das Provisorium wird ins aktuelle System integriert und die Kosten beinhalten auch den Rückbau und die fachliche Betreuung. Da die Saison bereits angelaufen ist und bei einem positiven Feedback des Rates es noch etwas dauert, bis das Provisorium in Betrieb gehen kann, soll der Test bis maximal Ende Saison 2023 angelegt werden. Aktuell bestehen aus meiner Optik erhöhte Risiken bezüglich Lieferfristen allgemein, bei dieser Vorgehensweise hätten wir die Gewähr, mindestens einer ganzen Saison als Testzeitraum.

Der Gemeinderat bittet Sie auf die Vorlage einzutreten und dem Nachtragskredit über CHF 67'000 zuzustimmen.

Gerne stehe ich für Fragen gerne zur Verfügung.

Eintreten

Marcel Hollenstein

Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen,

Seit über 50 Jahren gibt es die Gwaage Badi mittlerweile. Sie war und ist ein wichtiger und geschätzter Bestandteil des Freizeitangebots unserer Gemeinde.

Vor rund 8 Jahren hat das Volk entschieden, dass die chemische Wasseraufbereitung mit Chlor, durch eine natürliche Wasseraufbereitung mit verschiedenen Pflanzen in einem Regenerationsbecken ersetzt werden soll.

Die 8 Jahre Betrieb haben die Erkenntnis gebracht, dass eine gute Wasserqualität nur mit grossem manuellen Personalaufwand und hohem Verbrauch von Frischwasser erreicht respektive erhalten werden kann. Wir finden es daher richtig, dass der Gemeinderat einem externen Spezialisten den Auftrag erteilt hat, die bestehende Situation zu analysieren und Vorschläge zur Optimierung zu unterbreiten.

Auch begrüßen wir es, dass eine gemeinderätliche Kommission eingesetzt werden soll, die basierend auf dem vorliegenden Bericht und mit Begleitung des externen Spezialisten, eine Vorlage erarbeiten soll, die die verschiedenen Varianten gegenüberstellt.

Konkret geht es nun aber in der vorliegenden Vorlage darum, ob wir bereit sind, einen Betrag von CHF 67'000 zu genehmigen, um einen Testbetrieb für die vom externen Spezialisten vorgeschlagenen Schwebefilter in Betrieb zu nehmen.

Unsere Fraktion erachtet diese Investition als richtig. Liefert sie uns doch wichtige Informationen ob mit einer Umstellung auf Schwebefilter den erwarteten und erhofften personelle Unterhalt bringt. Zudem kann erkannt werden, wie sich eine Schwebefilteranlage optisch integrieren kann.

Unsere Fraktion ist sich aber sehr wohl bewusst, dass die Investition von CHF 67'000 vergebens war, wenn der Einwohnerrat, respektive die Stimmberechtigten an der Urne entscheiden, dass alles so bleiben soll wie heute oder sogar eine Rückkehr zur chemischen Aufbereitung umgesetzt werden soll. Die Fraktion EVP/FDP ist für Eintreten.

Jörg Schwaninger

Geschätzter Präsident, werte Anwesende,
diese Vorlage hat bei uns in der Fraktion zu sehr sehr heftigen Diskussionen geführt. In ein Fass ohne Boden tut man noch mehr «reinbuttern», ist ein bisschen unser Grundtenor. Wir sind für eintreten werden aber in der Detailbesprechung noch einen Antrag stellen.

Lukas Ruedlinger

Geschätzter Präsident, werte Anwesende
Die Vorlage des Gemeinderates über einen Nachtragskredit für ein Provisorium zur Verbesserung der Regeneration im Naturbad hat (auch) in der der SP-GLP-Fraktion hohe Wellen geschlagen. Wir bedauern sehr, dass unser "neues" Naturbad bereits heute nicht mehr voll funktionsfähig ist und uns heute ein Nachtragskredit für ein Provisorium vorgelegt wird. Auch ist uns voll und ganz bewusst, dass die beantragten CHF 67'000 erst die Spitze vom Eisberg sind, dass also weitere, deutlich höhere Kosten zum Thema unserer Beratungen sein werden. In der heutigen Situation wird ein sehr grosser Reinigungsaufwand betrieben und täglich riesige Mengen an wertvollem Frischwasser verwendet, um den Badibetrieb aufrecht zu erhalten. Das kann und darf keine langfristige Lösung sein. Die Idee der Bildung einer Kommission zur Vertiefung der verschiedenen Zukunfts-Szenarien finden wir sinnvoll und unterstützenswert. Die Beringer Bevölkerung hat sich im Jahr 2012 an der Urne für ein Naturbad entschieden - dass im Wissen dass ein Naturbad keine 0815-Standard-Badi-Lösung ist. Im Sinne von "wer A sagt muss auch B sagen" treten wir als SP-GLP-Fraktion auf die Vorlage ein.

Detailbesprechung

Thomas Widmer

Geschätzter Präsident, werte Anwesende
Ich habe die Firma ASC Schweiz vorher nicht gekannt, ich musste sie googlen. Sie ist spezialisiert auf Bio Badi.
Ich hatte immer schon etwas Mühe mit dieser Bio Badi, schon als wir damals, durch einen Volksentscheid um 2 Stimmen, auf eine Biobadi umgestiegen sind.
Was mir hier bei dieser Vorlage fehlt, ist eine konkrete Alternative zum Bio: was kostet uns ein Umstieg auf Chemie, was haben wir hier für Varianten.
Wenn wir jetzt ja sagen, dann geben wir CHF 67'000.00 aus, je nachdem was für Kosten noch anfallen auch etwas mehr, und in 2 Jahren sehen wir es bringt nichts, und wir müssen doch zurück auf eine chemische Variante.
Das Geld ist weg.
Das fehlt mir, dass wir nicht jetzt schon etwas mehr Auswahl haben, sozusagen jetzt schon die Option auf eine konventionelle Badi.

Astrid Schlatter

Der Gemeinderat hat sich diesen Gedanken auch gemacht, logischerweise. Aber die Wasserqualität ist grundsätzlich ja gut. Wir haben einfach sehr viel Biofilm drinnen, wo vom optischen her nicht wahnsinnig schön ist.
Wenn wir jetzt schon die Chlorvariante bringen würden, dann hätten wir einfach keinen Vergleich.
Wir würden das Provisorium in dem Fall weglassen, hätten dann aber einfach keine Erfahrungswerte, ob der Schwellenfilter etwas nützen würde.
Grundsätzlich muss ich sagen: letzten Sonntag hatte es gegen 16.00 Uhr laut Bademeister ca. 350 Leute. Es war ein schöner Sonntag, aber es hatte auch viele andere Anlässe und unsere Badi war trotzdem sehr gut besucht. Ich muss einfach sagen es ist ein Unterschied, ob man in unser Bad schwimmen geht oder in ein Chlorbad, einfach von der Hautqualität nach dem Baden.

Der Gemeinderat hat sich für den Weg Provisorium entschieden, weil wir finden: das überzeugt uns, das möchten wir gern ausprobieren. Was ihr jetzt damit macht, das liegt nun in euren Händen, das ist definitiv so.

Jörg Schwaninger

Geschätzter Präsident, werte Anwesende

Ich stelle grad meinen Antrag, und zwar einen Rückweisungsantrag, den ich folgendermassen begründe:

Fabian hatte in der Einleitung gesagt, die 3 Schwebefilter seien ein Pilotprojekt, und dies für eine Saison. Ich möchte es hier jetzt mit der Landwirtschaft vergleichen: wenn in der Landwirtschaft zum Beispiel eine frische Weizensorte eingeführt wird, dann wird diese Sorte für 3 oder 4 Jahre getestet, um zu sehen, ob sie das Potenzial erreicht oder nicht erreicht.

Ich möchte es auch ein bisschen mit den Sommern vergleichen: letztes Jahr hatten wir einen sehr wasserreichen, eher kühlen Sommer, 2003 hatten wir, ihr könnt euch alle daran erinnern, einen Jahrhundertssommer mit Temperaturen, welche wir vorher in der Schweiz so nicht kannten. Ich finde persönlich, dass nach einem Jahr, man noch nicht sagen kann, ob die Schwebefilter den Effekt, welche sich die ASC Schweiz und der Gemeinderat erhoffen, auch wirklich bringen.

Die Testphase sollte meiner Meinung nach Minimum über 3 Jahre laufen. Darunter ist sie meiner Meinung nach nicht aussagekräftig.

Der Rückweisungsantrag daher, da diese CHF 67'000.00 ja für ein Jahr berechnet werden.

Fabian Hell

Zur Ergänzung bezüglich der «eine Saison». Es soll eine ganze Saison sein. Das ist natürlich nicht auf dem Mist des Gemeinderates gewachsen, sondern wir haben hier die ASC gefragt, was Sinn macht. Die haben uns gesagt da 2022 bereits fortgeschritten ist, dass die Testphase bis Ende 2023 laufen sollte.

Es ist auch so, dass diese Technologie nicht nur in der Badi Beringen eingesetzt wird. Natürlich es ist schon so, dass es nur 13 öffentlich Bäder sind, welche mit hoher Besucherzahl agieren müssen; aber in Biberstein sind diese Filter bereits seit 2017 im Einsatz. Dort hat Herr Frei gemeint, die hatten vorher auch so eine ähnliche Wasseraufbereitung wie wir sie heute haben. Es hat noch eine zweite, ich weiss aber gerade nicht mehr welche von denen. Dort ist es sehr frisch im Einsatz.

Es soll einfach noch ein zusätzliches Puzzle sein. Wir haben das Puzzle bestehender Betrieb, wir haben das Puzzle von dem Fachmann und nun das Puzzle von dem Provisorium, wo wir versuchen die Risiken möglichst zu minimieren. Die Aussage über eine Saison, sollte für die Erkenntnis eigentlich genug sein. Natürlich könnte man auch länger. Ob der Vergleich mit der Landwirtschaft verhebt, kann ich nicht beurteilen. Die Kosten werden etwas höher wenn man es über drei Saisonen testet. Der Unternehmer mit diesen Filtern wird das Ganze dann etwas anders abschreiben, logischerweise.

Es ist auch gesagt worden, dass es «à fond perdu» ist. Ja im Grundsatz kann man ein paar Franken sparen wenn man es dann umsetzt, aber eigentlich verbraucht man die CHF 67'000.00.

Bezüglich des Votums, das man direkt eine Idee mit chemischer Aufbereitung bringen sollte: wir haben einen aktuellen Volksentscheid, welchen wir nicht einfach so umstossen können, auch im Wissen, dass ich in diesem Jahr gemerkt habe, die Komplexität vom ganzen System ist hoch und deshalb man mit kleinen Schritten vorwärts gehen muss.

Roger Walter

Geschätzter Präsident, werte Anwesende

Ich habe eigentlich bei der letzten Sitzung gesagt, dass ich nie mehr wieder über die Badi reden möchte, aber ich glaube ich muss doch ein paar Sachen richtigstellen.

2011, oder als damals abgestimmt wurde, waren es 2 Stimmen. Ein Volksentscheid der ist gültig, das ist ganz klar und das wurde jetzt mehrfach erwähnt.

Wir haben aber über eine Summe von CHF 2.2 Mio. abgestimmt, gekostet hat sie aber alles im allen, ohne die Jahre zwischendrin, wo wir Mehrausgaben hatten, CHF 2.8 Mio.

Das Volk hat nicht über diese Summe abgestimmt, das hat man dann einfach gemacht. Die Legitimation legt man sich hier schon einfach mal zurecht.

Dann hatte man dazumal mit einer Firma gebaut, der absoluten Koryphäe was Naturbadbau betrifft. Das war «der» Name europaweit, und diese hat gesagt das Bad ist das Mass der Dinge.

Das kommt mir hier genauso vor: eine Firma welche Naturbäder macht, kommt und sagt ein Jahr ist genug, denn sie möchten ja irgendwann den Umsatz von CHF 650'000.00, oder was es auch kostet, generieren. Ob es dann funktioniert oder nicht, ist dann wieder eine Lotterie. Wenn es nächstes Jahr wieder ein milder Sommer ist, ist alles super, dann macht man es und dann kommen ein oder ein paar Jahre später die heissen Sommer und dann funktioniert es schon wieder nicht mehr.

Ich habe es bereits bei der ersten Abstimmung gesagt: wie möchtet ihr das Rechtfertigen wenn es nicht funktioniert? Hier hat es dann immer geheissen: das sei gar kein Problem.

Es hat ein paar Jahre gedauert und nun sind wir wieder an dem Punkt. Es würde nochmal mehr als eine halbe Mio. kosten, wenn man sich dafür entscheidet, und ich frage mich schon langsam, wie will man das mittlerweile dann rechtfertigen. Also ich sehe es nicht mehr.

Jetzt sagt man, dass man die Zwischenlösung macht und dann eine Vorlage bringt. Ich bin auch der Meinung man hätte jetzt schon Zahlen bringen sollen, was eine Umrüstung auf Chlor kosten würde. Das rauszufinden wären, glaube ich, 3 Telefonate gewesen. Diese Abklärung hat man vor einigen Jahren schonmal getroffen.

Es ist jetzt wieder so, dass auf 13 Bäder rumgeritten wird; 2 haben das System, und womöglich sind die Naturbäder. Aber wir haben ja kein Naturbad, sondern wir haben ja nur eine Badi mit natürlicher Wasseraufbereitung.

Das ist ja wieder sowas: hier drin wird immer von Naturbad geredet, hört doch damit auf es ist eine Badi mit natürlicher Wasseraufbereitung, nichts mehr.

Und wenn das in einem Naturbad mit Natursole funktioniert, wie sie, sie auch im Schwarzwald haben, dann ist das was ganz anderes, zu dem was wir hier haben. Weil dort sind Algen tatsächlich immer vorhanden, aber in einem Bad wie bei uns, mit einer Kunststoffeinlage, ist das unerwünscht. Ob wir das dann so haben, kann auch ACS nach einem Jahr nicht garantieren und drum fände ich es schon grobfahrlässig wenn wir diese CHF 67'000.00 machen würden und dann erst entscheiden.

Bernhard Oettli

Geschätzter Präsident, werte Anwesende

Ich sehe es nicht ganz so wie Roger. Ich muss sagen, wo ich die Vorlage das erste Mal durchgeschaut habe und das Büchlein noch nicht durchgelesen hatte, habe ich so viele Fragen aufgeschrieben, dass ich auch gedacht das kann es ja nicht sein.

Es ist, als ob man die Katze im Sack kauft.

Aber ich muss sagen, das Büchlein war super, und fast alle meine Fragen wurden beantwortet.

Ich will jetzt doch nochmal auf den Volksentscheid zurückkommen und benutze bewusst das Wort Naturbad in Beringen, und finde wenn man so eine Volksabstimmung hatte, dann wäre es für mich daneben, wenn man einfach sagen würde wir gehen zurück auf eine chemische Wasseraufbereitung. Andererseits sind wir als Einwohnerrat jetzt unter Druck; wir haben so hohe Wasserrechnungen und riesengrosse Arbeit bei dieser Algenbekämpfung und wenn es hier einen Mittelweg gibt, finde ich das einen guten Kompromiss.

Der Mittelweg ist jetzt halt ein Pilotprojekt oder besser gesagt eine Testphase, und wenn ich die Gesamtkosten anschau, dann liegen wir hier bei 10%.

Ich finde wenn man die 10 % auch aufwenden muss, aber dafür man dann einen Schritt weiter ist dann ist das ok.

Und hier kommt der springende Punkt, da habe ich noch etwas Schwierigkeiten damit: wenn man jetzt der Pilot macht, dann erwarte ich daraus das wir Erfahrung sammeln können, aber mit den Erfahrungen ist es ja nicht getan. Also wir könnten ja nur etwas aus dem Pilot herausmessen, wenn wir irgendwie Messungen machen könnten und dann sagen können ja das bringt etwas und wieviel es bringt oder eben nicht. Das heisst jetzt aber, dass zuerst das Messkonzept ausgearbeitet und umgesetzt werden muss, und nun zu meiner Frage: gibt es das schon und vor allem, falls nicht, ist das in der Begleitung der Firma ASC Schweiz und in diesen CHF 67'000.00 enthalten? Nicht das wir hier zu etwas zustimmen und dann heisst es, falls wir die Erfahrungen auswerten möchten, dann müssen wir zuerst noch messen und dadurch zusätzliche Leistungen bezahlen.

Fabian Hell

Bezüglich der Voten von Roger: du hattest das Wort verantwortungslos verwendet. Der Gemeinderat ist eigentlich der Meinung, dass es verantwortungslos gewesen wäre, nichts zu tun. Wir könnten es einfach laufen lassen, schlussendlich funktioniert. Wir haben einfach ein bisschen mehr Aufwand.

Aber wir haben schon gemerkt, so ganz ideal ist das nicht. Für uns war es verantwortungsvoll, zu schauen, was wir für Optionen haben. Uns ist aber die ganze Geschichte, welche du hier jetzt korrekterweise aufgestellt hast, auch klar. Wir wollten euch bewusst einbeziehen, um gemeinsam die Varianten anzuschauen.

Ob die Chlorvariante mit 3 Telefon abgeklärt gewesen wäre, bin ich mir nicht so sicher. Es hat doch ein paar Sachen beim Leitungssystem was dann komplett anders gemacht werden müssten, so wie ich das gehört habe.

Wir haben von Seiten Gemeinderat, hohe Transparenz von Anfang aufzeigen wollen. Die CHF 67'000.00 sind knapp über der Kompetenz des Gemeinderates, aber wir wollten euch bewusst mit an Bord und euch den Bericht zur Verfügung stellen, ihr habt die Zahlen welche hinten drinnen stehen gesehen.

Ich kann euch sagen, wie ich zu diesem ASC gekommen bin: ich kenne kein Ingenieurbüro in diesem Bereich. Das war eine Vermittlung vom Schwimmteichverband Schweiz, die haben uns diese Firma empfohlen. Also haben wir den Herren kommen lassen und haben uns angehört was er zu sagen hat. Mein Eindruck war sehr positiv, ihr könnt aber auch gern, wenn ihr jemand aus dem Werkhof trifft, diese auf diese Erfahrung drauf ansprechen. Es ist kein Produzent (die Firma baut keine Bäder) sondern begleitet die Bäder, wie z.B. die Badi Biberstein.

Der Werdegang wie wir zur anderen Firma, welche die Badi gebaut hat, gekommen sind, hast du bereits geschildert, das können wir nicht mehr ändern. Wir können nur noch die Zukunft ändern.

Bezüglich der Messungen: wir haben diese Firma schon Mitte der letzten Saison eingesetzt, und da sind schon einige Messungen passiert. Im Detail bin ich etwas überfordert, aber man hat zumindest Wasserproben genommen, nicht nur bakteriologisch sondern auch bezüglich kalkgehalt usw.

Es gab einen Färbetest, um die Strömungen im Wasser zu beobachten, um zu sehen ob die Filter funktionieren. Gewisse Messungen sind also schon in der letzten Saison passiert und die fachliche Begleitung, soll ja dann der Kommission die Entscheidungsgrundlage geben und dann kann man vielleicht darauf aufbauen. Mein Verständnis ist so, dass er das Aufbereitet was man aus dem Provisorium lernt.

Die ASC kann auch nicht die Chlorvariante erarbeiten, weil, wie richtig bemerkt wurde, das nicht ihre Kernkompetenz ist. Da würde dann er, oder wir, jemand anderes empfehlen.

Roger Walter

Ich habe eine Zusatzfrage: wenn wir uns jetzt für die Zwischenlösung entscheiden, dann wird irgendwann nächstes oder übernächstes Jahr entschieden, ob wir die Lösung mit den CHF 670'000.00 machen, gibt es dann ein Volksentscheid? Oder sind das dann gebundene Ausgaben?

Fabian Hell

Das kann man klar beantworten: Keine Ahnung.

Mit dem heutigen Entscheid passiert folgendes: es gibt einen Nachtragskredit von CHF 67'000.00 und das Provisorium geht in die Fabrikation.

Das passiert mit eurer Entscheidung und die Kommission wird gebildet. Die zwei Sachen passieren. Weiter habe ich persönlich nicht studiert. Ich habe auch keine Veranlassung gesehen das zu machen, denn wir wollten Ergebnisoffen an die 4 Varianten herangehen. Und ob das eine gebundene Ausgabe ist? Ich würde jetzt mal sagen sicher nicht.

Schlussendlich habt ihr das alle in der Hand, wenn ihr euch einig seid, das entsprechend einzustufen.

Roger Paillard

Also es ist definitiv keine gebundene Ausgabe, bei CHF 600'000,00 gäbe es sicher eine Volksabstimmung.

Was man auch in diesem Prozess sagen muss: ganz ein wichtiger Punkt ist, dass der Gemeinderat den Einwohnerrat nicht nur mit ins Boot nehmen möchte, aber auch mit in die Verantwortung nehmen möchte für das schönste Bad weit und breit, um dieses in der Zeit zu erhalten und auch sinnvoll zu erhalten.

Da sind jetzt alle gefordert ihren Beitrag zu leisten und letztendlich wird das Rauskommen, was die Kommission befürwortet und dafür wird es dann einen Mehrheitsentscheid brauchen.

Ganz wichtig wäre deshalb, selbst wenn der Rückweisungsantrag angenommen werden sollte, dass die Kommission gebildet wird.

Weil einfach nichts machen, wäre, auch wenn es so wie jetzt funktioniert, verantwortungslos.

Hugo Bosshart

Geschätzter Präsident, werte Anwesende

Ich finde das Schwimmbad ist ein super Projekt, es ist so spannend. Wenn ich zurückschauen und sehe, wie der Rat die Naturbadi im 2011 ablehnt und dann vor dem Stimmvolk mit 2 Stimmen unterschied angenommen wurde. Ich behaupte heute noch es war ein Zufallsentscheid. Ein massgebendes Kriterium neben dem Preis den wir damals wussten, war, dass man damals gesagt hatte «die Betriebskosten werden sie die Waage halten. Man hat anfangs mehr Kosten und diese reduzieren sich dafür nachher.» Ich glaube wir wissen nun, dass sich dies nicht bewahrheitet hat.

Was sicher interessant wird, ist wie sich, dass Volk wieder entscheidet, falls es einen Entscheid geben sollte. Was ich auch gut gefunden habe, ist das der Gemeinderat den Punkt aufgeworfen hat, dass wir 12 jetzt entscheiden können, ob wir so weiterfahren oder ganz was anderes machen wollen.

Damals hat das Stimmvolk entschieden, und jetzt stehen wir, so ist meine Meinung, genau wieder an so einen Scheideweg: ich finde das eine super Ausgangslage.

Was ich persönlich nicht gut finde ist, dass man in das Regenerationsbecken einfach Container hinstellt mit irgendwelchen Filteranlagen darauf, dann kann man nämlich die Biotopidee vergessen.

Wenn ich die Grafik von diesen 12 Container anschauen, muss ich ehrlich sagen, sehe ich diese da hinten überhaupt nicht. Aber wie gesagt, ich bin mir sicher, das Volk wird dann darüber abstimmen.

Was sich aber sehr an der Vorlage geschätzt habe, ist, dass man es eben offenlässt, dass man eine Kommission vom Einwohnerrat bildet und dass mit der Variante D (die völlige Umstellung auf chemische Wasseraufbereitung) sich der Gemeinderat offenbar vor gar nicht sich verschliesst.

Was ein bisschen auch meine Bedenken sind, falls die ASC auch mit drinnen ist: ich habe sie auch gegoogelt und ich habe den Herrn Matthias Frei auch gefunden, allerdings ist er vom Team der einzige auf der Homepage. Ist er der einzige im Team oder gibt es mehrere? Und wenn ich die Bilder mir so angeschaut habe, sind es eher private Pools, welche ich als Referenzen gesehen habe.

Ich habe dem Präsidenten einen formulierten Antrag gestellt, er ist nicht ganz deckungsgleich mit dem vom Jörg, darum würde ich diesen gern stellen. Falls jemand meint er ist Deckungsgleich, dann würde ich ihn zurückziehen:

Mein Antrag ist, dass der Antrag des Gemeinderates auf einen Nachtragskredit für ein Provisorium zur Verbesserung der Regeneration im Schwimmbad von CHF 67'000.00 wird abgelehnt.

Das Bad ist im heutigen betrieblichen Zustand zu belassen und erst nach dem Vorliegen einer Vorlage der Gemeinde Redlichen Kommission (Vorlage Ziffer 6; weiteres Vorgehen) über neue Investitionen im Schwimmbad zu entscheiden.

Meine Begründung dazu ist:

Zurzeit besteht keine Notwendigkeit für Sofortmaßnahmen. Das Bad kann ohne weiteres so weiterbetrieben werden wie heute. Dies unter Hinnahme der weitergehenden hohen Unterhaltsarbeiten bis heute. Die vom Gemeinderat unter Ziffer 5. der Vorlage festgehaltenen Kosten von insgesamt CHF 67'000.00 können so in die Endlösung einfließen und verwendet werden. Der Betrag des Nachtragskredites entspricht immerhin 1/10-tel der Grobschätzung zur Variante 2 (12 Schwefefilter) gemäß Ziffer 5.4.2 (CHF 670'000.00) des Berichtes der ASC Schweiz. Es ist auch naheliegend, dass wenn bereits eine Investition getätigt worden ist, dies die Evaluierung des weiteren Vorgehens beeinflusst.

Jörg Schwaninger

Geschätzter Präsident, werte Anwesende

Ich ziehe mein Antrag zurück, um den vom Hugo zu unterstützen.

Marcel Hollenstein

Geschätzter Präsident, werte Anwesende

Meine Frage geht eher in diese Richtung: über die Kosten von CHF 67'000.00 können wir natürlich diskutieren; aber was würde es bedeuten wenn wir nein sagen und den Antrag von Hugo zustimmen? Wir brauchen ja trotzdem einen externen Berater, weil allein kriegen wir es ja nicht hin, das ist meine Meinung, da sind wir zu wenig nah dran. Was kostet uns denn die Beratung? Sind es diese CHF 17'000.00, oder CHF 10'000.00?

Hugo Bosshard:

Du hast ja gesagt es wurden bereits Analysen gemacht. Was haben diese gekostet?

Fabian Hell

CHF 18'000.00 haben die Analysen bis dato gekostet.

Lisa Elmiger

Geschätzter Präsident, werte Anwesende

Ich habe eine Verständnisfrage zu deinem Antrag Hugo: Du möchtest also gar nichts, keine Kommission und auch die CHF 67'000.00 nicht?

Hugo Bosshard

Nein.

Lisa Elmiger

Oder möchtest du die Beratung und das was hier dann bei rauskommt, entscheidet über die Variante A,B,C und D und kommt vor das Stimmvolk.

Hugo Bosshard

Genau. Ich bin der Meinung es sollte eine Kommission geben welche das anschaut und anschliessend die Vorlage dem Einwohnerrat vorgelegt wird und den ganz normalen Verlauf nimmt.

Beatrix Delafontaine

Geschätzter Präsident, werte Anwesende

Ich möchte noch fragen: wie sollen wir denn zur Erkenntnis kommen bezüglich der Variante C?

Hugo Bosshard

Also ich sehe es so, dass die Kommission von der ASC Schweiz beraten wird und dann genauso wie es unter der Ziffer 6 gedacht ist.

Beatrix Delafontaine

Aber du musst ja irgendwelche Auswertungen haben, um zu sehen wie sich die Badi mit diesen Schwebefiltern verhalten. Das kann man jetzt ja gar nicht.

Hugo Bosshard

Nein, ich bin der Meinung, dass ASC Schweiz ganz klar in diesem Bericht sagt, dass es eine 25% Reduktion geben wird.

Bernhard Oettli

Geschätzter Präsident, werte Anwesende

25% ist einfach weil es 3 Filter sind statt 12.

Fabian Hell

Ich kann den Antrag insofern nachvollziehen, dass diese CHF 50'000.00 (ich habe die CHF 17'000.00 für die Beratung abgezogen) eine Technologie-Risiko-Minderungsinvestition sind. Ganz ohne Beratung kommen wir nicht weiter, dafür fehlt uns die fachliche Kompetenz.

Mir persönlich ist wohler mit dieser Vorgehensweise, mit dem Wissen, dass uns am Anfang die Technologie nicht nur bisschen um die Ohren geflogen ist. Dies soll jetzt ein Baustein sein (von, richtig, CHF 50'000.00) um sich nicht nur auf dem Herrn Frei und auf dem Bericht abzustützen, um etwas vorsichtiger vorzugehen.

Gerold Baur

Geschätzter Präsident, werte Anwesende

Gibt es in der Schweiz ein vergleichbares Bad, welches nach unseren Vorstellungen funktioniert?

Fabian Hell

Biberstein, sie haben 2017 auf diese Schwebefilter umgerüstet und haben, wie ihr auf den Bildern seht ihre romantische Komponente beibehalten, aber es ist nur noch optisch. Das könnte man natürlich bei uns auch so machen, dass man den Teich fürs optische beibehält.

Die betreiben es seit 5 Jahren mit diesem System und ich glaube Zurzach auch noch, da bin ich mir aber nicht ganz sicher.

Gerold Baur

Anschlussfrage: habt ihr schon mit dem Betreiber geredet? Wart ihr denn vor Ort schauen? Wir sollten dort etwas einsetzen was es bereits gibt, sonst hört es nie auf.

Fabian Hell

Bis jetzt noch nicht.

Aber, logisch, bevor es zur Umrüstung kommt, müssen wir mit diesen Betreibern noch reden gehen.

Gerold Baur

Ich gehe mal davon aus, dass die Kommission dann vor Ort geht und dort sich das Ganze anschaut?

Fabian Hell

Das ist auch ein Punkt, um die Risiken zu minimieren.

Astrid Schlatter

Ich wäre ja die Person, welche die gemeinderätliche Kommission führen darf. Wir sind ja dann miteinander in dieser Kommission und da hoffe ich schon, dass diejenigen welchen, die hier mitschaffen, sich in diese Thematik einarbeiten, und dass falls der Wunsch vorhanden ist, wir uns solche Sachen dann anschauen gehen.

Wir hatten es anno dazumal auch so gemacht und man hat dann auch gesagt: doch, die Technik «verhebet».

Jetzt sind wir an dem Standpunkt:

a) machen wir einfach so weiter wie bis anhin

b) erneuern wir die bestehende Regeneration, wie es auch im Bericht steht,

c) gehen wir einen Schritt weiter und suchen nach einer längerfristigen Lösung oder eben

d) gehen wir, wenn wir bis zum Schluss merken «nein so geht es nicht», zurück zur chemischen Wasseraufbereitung.

Entschuldigung aber: wir arbeiten zusammen und nicht gegeneinander.

Gerold Baur

Du hast mich falsch verstanden, entschuldige. Das letzte Mal haben wir auch zusammengearbeitet und es hat nicht funktioniert. Ich finde man kann dem Projekt eine Chance geben aber es muss hieb und

stichfest sein. Wir können den Weg nur beschreiten wenn man sagen kann: jawohl es ist gut, es funktioniert.

Astrid Schlatter

Das ist dann die Entscheidung, welche wir gemeinsam in einem Gremium fällen werden, wie überall. Die Entscheidung wurde damals gefällt und die Weisheit hat halt leider niemand mit dem Löffel gegessen. Technik entwickelt sich, wir haben bereits einige Anpassungen gemacht. Ich kann dir aber auch sagen, minime Frischwasserzufuhr wird es immer geben: es gibt Verdunstung, es wird Wasser nach draussen getragen usw., auch bei der chemischen Wasseraufbereitung.

Unser Anliegen war, euch einen Lösungsweg aufzuarbeiten bei dem wir als Gemeinderat dahinterstehen können, das ist unser Weg. Wenn ihr uns dann auf einen anderen Weg schickt, dann akzeptieren wir den und dann werde ich anhand von dem Entscheid die gemeinderätliche Kommission einleiten und hier würden wir dann weiterarbeiten.

Roger Walter

Das Votum des Hugo kann ich nur unterstützen. Es ist wirklich so, man hatte einen Volksentscheid, und der ist legitim. Die Zeiten haben sich geändert, die Technik hat sich entwickelt, aber anscheinend in diesem Bereich zum Teil an uns vorbei. Die Kommission ist sicher sinnvoll, um zu schauen was hat man alles für Möglichkeiten und was diese kosten. Anschliessend muss das Ganze vors Volk, denn dann haben wir eine Legitimation für das Ganze. Jetzt wieder CHF 67'000.00 auszugeben und anschliessend sagt das Volk dann vielleicht nein, obwohl es dann vielleicht die favorisierte Variante ist, finde ich schlecht.

Ich möchte aber auch noch was sagen: wenn man mit einer Lösung vors Volk geht, dann kann es ja oder nein heissen. Das letzte Mal hatten wir ja Varianten und da gab es Gelehrte welche nicht verstanden haben was sie jetzt stimmen sollten, man muss darauf achten, wie man es präsentiert.

Marcel Hollenstein

Ich glaube du (an Roger gerichtet) warst auch in der Kommission damals, und ich glaube das haben wir damals mit diesen Variantenabstimmung verbockt.

Grundsätzlich hatten wir damals den richtigen Ansatz. Wir hatten verschiedene Varianten, aber dass sie überladen waren, ist durchaus denkbar.

Ich höre in diesem Rat raus, dass man nicht gegen die Kommission ist, im Gegensatz der Zuspruch ist recht einstimmig. Es geht eigentlich mehr drum sind wir bereit den Testlauf zu machen, macht das Sinn, ziehen wir daraus Erkenntnisse?

Ich habe hier auch meine Fragezeichen: kann man aus diesen 3 Kübel die man dann dort hinstellt, genug Erkenntnisse herausziehen? Wenn ich eigentlich weiss, dass ich das 4fache von dem haben müssten, sehe ich dann wirklich etwas? Wenn es nur darum geht, dass ich sehen kann wie es dann da hinten aussieht, dann machen diese CHF 50'000.00 keinen Sinn, dann unterstütze ich den Antrag des Hugo. Wenn man hingegen sagt, es ist das Nonplusultra, man sieht etwas, dann bin ich der Meinung sind diese CHF 50'000.00 gut investiert. Aber ehrlichgesagt zweifle ich auch etwas daran.

Lisa Elmiger

Wenn wir diese 3 Kübel nehmen, dann sehen wir noch nicht, da es ja noch nicht die 12 sind, wieviel wir an Arbeitskräfte und Frischwasserzufuhr einsparen würden, richtig? Es steht zwar 20%, aber ich kann mir darunter jetzt keine Zahl vorstellen. Kann man schon sagen, dass wir nächstes Jahr, wenn wir diese CHF 50'000.00 einsetzen, schon mal CHF 20'000.00 an Arbeitskräfte und Wasser einsparen?

Fabian Hell

Ich weiss es natürlich auch nicht, was wir ganz genau aus diesem Provisorium heraus sehen werden. Im Gespräch mit dem Herrn Frei sind 2 Sachen hervorgekommen:

Man kann im Handling bereits herausfinden wie das funktioniert, das war heute nicht das Thema. Der Werkhof übt und hier kann er eins zu eins üben.

Wasserqualität: wenn man im Bericht schaut, wird die Veränderung hier vom Herrn Frei auch sehr vage beschrieben, was denn dabei herauskommt. Was genau für Erkenntnisse daraus gezogen werden können, das kann er auch nicht garantieren. Natürlich ist die Hoffnung klar, dass man sagen kann wir haben, z.B., weniger Algenbildung, und dass wir eine Veränderung in der Wasserzusammensetzung sehen. Das ist der Anspruch an dem Provisorium des Herrn Frei.

Roman Schlatter

Wir stimmen nun über den Antrag von Hugo Bosshart ab, der folgendermassen lautet: Der Antrag des Gemeinderates auf einen Nachtragskredit für ein Provisorium zur Verbesserung der Regeneration im Schwimmbad von CHF 67'000.00 wird abgelehnt. Das Bad ist im heutigen betrieblichen Zustand zu belassen und erst nach dem Vorliegen einer Vorlage der Gemeinde Redlichen Kommission (Vorlage Ziffer 6; weiteres Vorgehen) über neue Investitionen im Schwimmbad zu entscheiden.

Abstimmung

Der Antrag wurde mit 8 zu 3 Stimmen und einer Enthaltung angenommen.

Roman Schlatter

Antrag des Gemeinderates wurde durch den ersten Antrag nichtig.

Traktandum 5: Postulat "Überarbeitung Pflichtenheft Baukommission" - Begründung durch den Postulanten

Das Postulat wurde auf die nächste Einwohnerratssitzung verschoben.

Hugo Bosshart

Ich bitte dieses Traktandum bei der nächsten Sitzung als zweites zu traktandieren, und nicht nach unten zu schieben, nicht dass es dann wieder verschoben werden muss.

Florian Casura

Momentan haben wir noch nicht soviel Stoff für die nächste Sitzung. Es kann also sein, dass das Traktandum nach den Sommerferien traktandiert wird.

Roger Walter

Das ist in Ordnung.

Traktandum 6: Verschiedenes

Beatrix Lafontaine:

Geschätzter Präsident, werte Anwesende

Auf Winter 2021/22 wurde in Guntmadingen der Wärmeverbund in Betrieb genommen.

Gemäss Informationen, die der GPK vorliegen, ist das Schulhaus in Guntmadingen noch immer nicht am Wärmeverbund angeschlossen. Im Schreiben der Bauverwaltung Beringen an den Wärmeverbund vom 28. September 2020, das der Bauverwalter unterzeichnet hat, hat man einen «schnellstmöglichen Anschluss an den Wärmeverbund» versprochen. Im März 2021 wurde der Vertrag zwischen der Gemeinden Beringen und dem Wärmeverbund Guntmadingen unterschrieben, welcher den Anschluss an das Wärmeversorgungsnetz, die Lieferung von Wärme, sowie ein Durchleitungsrecht für den Wärmeverbund regelt.

Für uns von der GPK ist nicht verständlich, warum man im Klubhaus des FC Beringen im 2021 2x Heizöl nachgefüllt hat (einmal am 6. Januar / 3'540 Lt. und einmal am 17. November / 4'178 Lt.), wenn man jenes vom Schulhaus Guntmadingen hätte verwenden können, so dass man im vergangenen Winter, sich an den Wärmeverbund «schnellstmöglich» hätte anschliessen können.

Die GPK möchte vom Gemeinderat bis zur nächsten Einwohnerratssitzung gerne wisse, warum der Anschluss an den Wärmeverbund im Winter 2021/22 nicht funktioniert hat. Es ist der dringende Wunsch der GPK, dass der Anschluss an den Wärmeverbund schnellstmöglich, veranlasst wird, was gemäss unseren Angaben problemlos möglich ist, denn die Heizung läuft auch über den Sommer für die Warmwasserproduktion. Das Restliche Heizöl von 4'700 Lt. (Stand April 2022) kann an Standorte der Gemeindeeigenen Liegenschaften verteilt werden, u.a. in das Klubhaus

Die GPK legt aus ökologischem Gesichtspunkt grossen Wert auf den raschen Anschluss an den Wärmeverbund, so dass die Möglichkeit, «Weg vom fossilen Brennstoff» und «hin zu erneuerbarer Energie Holz», als heimischer und umweltfreundlicher Brennstoff, schnellstmöglich genutzt wird.

Astrid Schlatter:

Ich möchte auch noch etwas auf die nächste Sitzung deponieren: Ich möchte die Fraktionen bitten, mir die Namen für die gemeinderätliche Kommission für die Bearbeitung dieser Vorlage Badi. Wenn wir genau starten, kann ich allerdings zum heutigen Zeitpunkt noch nicht sagen.

Schluss der Sitzung: 22:10

Die Aktuarin

Barbara Zanetti